

Nachrichten

Zunahme der rechten Gewalt in Ostbayern

Passau (nd). Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) beklagt eine zunehmend Radikalisierung der rechten Szene in Ostbayern. Offenbar seien die Taten des Zwickauer-Neonazi-Trios in diesen Kreisen gut angekommen, sagte Herrmann der »Passauer Neuen Presse«: »Wir müssen feststellen, dass die Aufdeckung der Taten nicht dazu geführt hat, dass sich Mitläufer des rechtsextremen Milieus davon distanzieren.« Darüber zeigte sich Herrmann überrascht. Er hatte damit gerechnet, »dass viele sagen, sie wollten zwar politische Änderungen, Mord ginge ihnen aber zu weit, damit wollen wir nichts zu tun haben«, erläuterte der Innenminister. Doch habe er feststellen müssen, dass die neonazistischen Aktivitäten seitdem »eher zugenommen« haben. *Kommentar Seite 4*

Bewegungsstiftung unterstützt Proteste

Verden (epd/nd). Mit einem Kapitalstock von mittlerweile fünf Millionen Euro unterstützt die im niedersächsischen Verden ansässige Bewegungsstiftung Proteste in Deutschland. »Protestbewegungen sind Sprachrohr der Menschen, die sich in der Parteiendemokratie nicht ausreichend repräsentiert sehen«, sagte Geschäftsführer Jörg Rohwedder am Donnerstag. Bislang seien mehr als 80 Projekte und Kampagnen beispielsweise von Robin Wood und der globalisierungskritischen Organisation Attac gefördert worden. Die Stiftung wurde Anfang März 2002 von neun Aktivisten in Berlin ins Leben gerufen.

Gewinnzahlen

Lotto am Mittwoch
8 - 13 - 24 - 347 - 45 - 47, Z: 12
Superzahl: 5

Spiel 77
7 7 4 6 6 1 7

Super 6
6 2 0 4 1 5

(Angaben ohne Gewähr)

Gewinnquoten

Lotto am Mittwoch

Kl. 1:	1 x 1 133 590,90 Euro
Kl. 2:	6 x 151 145,40 Euro
Kl. 3:	14 x 40 485,30 Euro
Kl. 4:	919 x 1603,50 Euro
Kl. 5:	1621 x 139,80 Euro
Kl. 6:	31 096 x 36,40 Euro
Kl. 7:	39 136 x 23,10 Euro
Kl. 8:	484 041 x 10,30 Euro

Spiel 77

Kl. 1:	unbesetzt
Jackpot:	578 990,40 Euro
Kl. 2:	2 x 77 777,00 Euro
Kl. 3:	23 x 7777,00 Euro
Kl. 4:	251 x 777,00 Euro
Kl. 5:	2831 x 77,00 Euro
Kl. 6:	28 645 x 17,00 Euro
Kl. 7:	292 379 x 5,00 Euro

(Angaben ohne Gewähr)

Zu viele Köche im Wald

Kommissionen über Kommissionen und jetzt noch NSU-Untersuchungsausschüsse

Von René Heilig

Gestern fand die erste Sitzung des Bundestags-Untersuchungsausschusses statt, der die Versäumnisse der Sicherheitsbehörden bei der Abwehr rechtsextremistischer Terrors aufklären soll. Am Donnerstag nimmt ein vergleichbarer Ausschuss des Thüringer Landtages seine Arbeit auf.

Kommissionen, Kommissionen – und jetzt auch noch Ausschüsse. Wer kümmert sich wie um das Wüten des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU), dessen Zwickauer Terrorzelle zehn Morde, mehrere Bombenanschläge sowie mindestens 14 Banküberfälle zugeordnet werden?

Am Mittwoch berief Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) eine vierköpfige Bund-Länder-Kommission. Die Aktenleser mit Juristenausbildung haben nur wenige Befugnisse. Bereits vor über zwei Monaten hatte Friedrich in seinem Hause eine Expertenkommission eingesetzt, die aus Hansgeorg Geiger (Ex-BND- und Verfassungsschutzchef), Ulrich Kersten (Ex-BKA-Chef) und dem CSU-Innenexperten Wolfgang

Zeitmann besteht. Was die drei Berufenen machen, ob sie überhaupt etwas machen, wissen offenbar nur Eingeweihte. Dazu gibt es im Bundestag wie in den Landesparlamenten reguläre Kontrollgremien, die die Geheimdienste beaufsichtigen sollen. Was die wenigen, handverlesenen und zum Schweigen verpflichteten Abgeordneten da erfahren, ist ohnehin für die Wählerinnen und Wähler, ja sogar für die Abgeordnetenkollegen tabu. Und dann wollen noch diverse Innen- und Rechtsausschüsse zu ihren Recht kommen.

Gestern kündigte Friedrich zudem an, auf einer Sonderkonferenz der Ministerpräsidenten am 22. März »einen Kriterienkatalog für eine neue Beweisführung mit dem Ziel eines NPD-Verbotsantrages beim Bundesverfassungsgericht« vorlegen zu wollen. Wer stellt den zusammen?

Viele Köche sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht. Damit nicht allzu viel durch- oder gar gegeneinander läuft, will der vom Bundestag eingesetzte Untersuchungsausschuss sich möglichst bald mit dem Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags

und der Bund-Länder-Kommission treffen. Bei diesen Gesprächen wolle man eine »enge Verzahnung der Tätigkeit dieser Gremien erreichen, die sich nicht verzetteln dürfen«, sagte Sebastian Edathy (SPD), Chef der »Bundestagsdelegierte«. Edathys Stellvertreter Stephan Stracke (CSU) ist »optimistisch, dass ein gutes Miteinander gelingt«.

Der Untersuchungsausschuss verabschiedete gestern 38 Beiseitsetzungen »in großer Einmütigkeit«, so Stracke. Bei dem nicht-öffentlichen Treffen planten die elf Mitglieder auch die Arbeit der nächsten Wochen. Bis April wird die Ausschussarbeit hauptsächlich aus Aktenstudium bestehen. »Wir können uns ja nicht nur auf Zeitungswissen stützen«, meinte Stracke. Doch sind Medien bislang die einzige sprudelnde Informationsquelle. Der Generalbundesanwalt dagegen, der die NSU-Ermittlungen an sich gezogen hat, kommt total trocken daher.

Und das wird sich – so vermuten Experten – auch nicht ändern, wenn der Ausschuss Fragen stellt. Mit dem Hinweis auf laufende Ermittlungen lassen sich Auskünfte trefflich zurückhalten und Aussa-

gegennehmungen perfekt verweigern. Abzuwarten bleibt ebenso, wie kooperationswillig sich die Länder geben, in welche Akten sie Einsicht gewähren, wen sie wozu wie intensiv vernehmen lassen. Gegenüber der Bund-Länder-Kommission sind sie jedenfalls zu nichts verpflichtet. Und der Untersuchungsausschuss muss vermutlich auch seine »Instrumente« – bis hin zum Verfassungsgericht – zeigen, um die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit klar zu machen.

Der Untersuchungsausschuss einigte sich darauf, an zwei Sitzungstagen jeweils drei Sachverständige anzuhören. Beide Sitzungen könnten Ende März stattfinden. Ein dabei zu erörterndes Thema wäre die »deutsche Sicherheitsarchitektur«, ein anderes wäre »Rechtsextremismus in Deutschland«. Die Sachverständigen wurden allerdings noch nicht benannt. Zeugen werden danach geladen.

Erstmals besteht die Möglichkeit, dass Ausschussberatungen im Fernsehen übertragen werden – so die beteiligten Personen dem zustimmen. Daran darf man schon jetzt Zweifel anmelden.

Reform der Flensburger Punkte

Berlin (dpa/nd). Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) will die Flensburger Verkehrssünderkartei stark vereinfachen. Verkehrssünder sollen ihren Führerschein künftig schon bei 8 Punkten abgeben müssen – bisher droht dieser Schritt erst bei 18 Punkten. »Die Grenze von 18 auf 8 runter, das klingt drastisch, aber relativiert sich dadurch, dass wir die Punktezahlen auch verkürzen. Bei Vergehen, bei denen es bisher bis zu drei Punkte gab, gibt es in Zukunft nur noch einen«, sagte Ramsauer im ZDF-»Morgenmagazin«. Beim ökologischen Verkehrsclub VCD stößt die Neuregelung auf Verwunderung. Es sei richtig, zwischen leichten und schweren Delikten mit bis zu vier Punkten zu differenzieren, heißt es in einer Mitteilung vom Donnerstag. Die Vereinfachung, so wie sie von Ramsauer vorgestellt wurde, führe zu einer Begünstigung der Raserei befürchtet der VCD.

Flüchtlinge aus Syrien dürfen bleiben

Kiel/Stuttgart (dpa/nd). Wegen der politischen Lage in Syrien schieben zwei Bundesländer keine Flüchtlinge mehr dorthin ab. »Die anhaltenden Unruhen in Syrien haben sich inzwischen so ausgeweitet, dass ich es im Moment mit rechtsstaatlichen Grundsätzen für nicht mehr vereinbar halte, Menschen dorthin abzuschieben«, sagte Schleswig-Holsteins Justizminister Emil Schmalfuß (parteilos) am Mittwoch in Kiel. Auch in Baden-Württemberg stehen mehr als 300 Syrer unter Schutz eines Abschiebestopps, der bereits seit Ende April 2011 gilt, wie ein Sprecher des Innenministeriums am Mittwoch in Stuttgart mitteilte. Im Südwesten halten sich den Angaben zufolge knapp 2700 Syrer auf, 304 davon sind ausreisepflichtig, werden aber geduldet.

Bedenklicher Umgang mit Flüchtlingen

Niedersachsen: Rückkehr für Gazale Salame in weiter Ferne / Protestbriefe an Ministerpräsident

Von Ralf Hutter

Immer wieder werden aus Niedersachsen dramatische Familienschicksale bekannt. Im Fall Ahmed Siala appellieren Prominente nun an den Ministerpräsidenten.

Ahmed Siala meint seine Metapher bitter ernst. Nach Scherzen dürfte ihm schon sehr lange nicht mehr zu Mute sein. »Die Antwort ist ganz kalt«, sagt er. »Wie das Wetter.« Die Antwort stammt vom niedersächsischen Innenministerium und ging an Sialas Ehefrau, Gazale Salame. Die lebt seit genau sieben Jahren im türkischen Kreis Izmir – seit das Ministerium sie am 10. Februar 2005 abschieben ließ. Dieser Tag riss eine fünf-, mitt-

lerweile sechsköpfige Familie entzwei. Die schwangere Mutter mit dem jüngsten Kind musste in ein Land, in dem sie nie gelebt hatte und dessen Sprache sie nicht kannte. Der Vater mit den beiden ältesten Kindern blieb im Landkreis Hildesheim, wo er seit 20 Jahren gelebt hatte. Seitdem gab es mehrere Gerichtsverfahren, Appelle und Unterstützungskampagnen, die den Fall bundesweit bekannt machten. Auch Gazale Salame setzte im vergangenen Dezember ein Schreiben auf: »Retten Sie meine Familie!« lautete der abschließende Appell ihres Briefs an Ministerpräsident David McAllister (CDU). »Wir gehören zu Deutschland. Die Türkei ist unser Tod.« Die Abschiedsformel lautete: »In Liebe«. Ein warmer Gruß, der eine frostige Antwort erbrachte – »wie immer«, so Siala.

Harte Linie des Ministers

Aus Niedersachsen erregen immer wieder Berichte von drohenden oder bereits erfolgten Abschiebungen Aufsehen. Erst kürzlich wurde nach Protesten die zunächst auseinandergerissene und größtenteils nach Vietnam abgeschobene Familie Nguyen aus Hoya wieder ins Land gelassen. Am Dienstag erfolgte dann die Abschiebung von zum Teil seit über 20 Jahren in Niedersachsen lebender Roma nach Kosovo.

Am längsten für Streit und Bewegung sorgt der Fall Siala. Auf Innenminister Uwe Schünemann

(CDU), der in diesem Fall von Beginn an eine restriktive Linie vertrat, hofft längst niemand mehr. Deshalb richtete sich Heiko Kauffmann im Dezember an den Ministerpräsidenten McAllister. Seit über 40 Jahren setze er sich bei Terre des hommes und Pro Asyl für die Rechte von Flüchtlingskindern ein, so Kauffmann. Doch ein solches Schicksal habe er noch nicht erlebt. Die Trennung der Familie sei nicht zu rechtfertigen, das Kindswohl werde mit Füßen getreten. »Schünemann verstößt klar gegen Menschen- und Völkerrecht«, sagt das Vorstandsmitglied von Pro Asyl gegenüber »nd«.

Als die Antwort auf den Appell ausblieb, richteten sich auch prominentere Menschen an McAllister. 30 seien es mittlerweile, berichtet Kai Weber vom niedersächsischen Flüchtlingsrat. Darunter sind die ehemalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD), der Schriftsteller Günter Grass und der Präsident des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Wilhelm Schmidt. Auch Wissenschaftler, Bundestagsabgeordnete und ehemalige kommunale und kirchliche Spitzenfunktionäre des Landes meldeten sich mit zum Teil drastischen Worten beim Ministerpräsidenten. »Einige von ihnen haben als Antwort gleichlautende Formbriefe erhalten, anscheinend von einer niederen Charge in der Staatskanzlei«, gibt Kai Weber an. Dieser »Affront« habe die Wut der Schreibenden gesteigert. Die

Staatskanzlei will sich gegenüber »nd« nicht zu der Angelegenheit äußern – auch nicht dazu, was McAllister jüngst beim Neujahrsempfang der hannoverschen Landeskirche meinte, als er eine humanere Flüchtlingspolitik ankündigte. Die Briefe an den Ministerpräsidenten wurden ans Innenministerium geleitet, wo sie einem Sprecher zufolge »selbstverständlich bearbeitet« würden.

Vorrangige Kinderrechte

In einem der Briefe schreibt Lothar Krappmann: »Die Verletzung von Kinderrechten, die die Bundesrepublik durch ihre Ratifikation des Übereinkommens über die Rechte des Kindes zu garantieren zugesagt hat, ist in diesem Falle so eindeutig, dass ich Sie dringend ersuche, das Vorgehen der Behörden des Landes Niedersachsen zu überprüfen und die Familie wieder zusammenzuführen.« Krappmann saß bis 2011 acht Jahre lang im UNO-Ausschuss für die Rechte des Kindes. Der Kinderforscher hält fest: »Deutschland setzt sein Ausländerrecht vor die Kinderrechtskonvention.« Dabei müsse letztere nach vorherrschender Expertenmeinung nicht in ein eigenes Gesetz gegossen werden. Kinderrechte seien generell vorrangig. Alleine die öffentlich bekannten Fakten bringen Krappmann zu der Schlussfolgerung: »Die niedersächsische Flüchtlingspolitik ist völkerrechtlich bedenklich.«

Einigung auf neues Abfallgesetz

Berlin (dpa/nd). Bund und Länder haben sich auf die künftigen Zugriffsrechte bei lukrativen Abfällen in Deutschland geeinigt. Demnach soll die Position der Kommunen gegenüber privaten Entsorgern im neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz deutlich gestärkt werden. Darauf verständigten sich Vertreter von Bund und Ländern am Mittwochabend bei einer Sitzung des Vermittlungsausschusses. Bei dem Gesetz geht es um viel Geld. In Deutschland werden bereits 13 Prozent der Rohstoffe durch recycelte Abfälle ersetzt. Die Branche macht in Deutschland bis zu 50 Milliarden Euro Umsatz.

Um einen Zuschlag etwa für Papiersammlungen zu bekommen, muss demnach die Sammlung und Verwertungsleistung des gewerblichen Sammlers »wesentlich leistungsfähiger« sein als das Angebot des kommunalen Entsorgungsträgers. Finanzielle Dinge sollen bei der Entscheidung keine Rolle spielen.

Mit Blick auf das noch zu erarbeitende Wertstofftonnengesetz bekennt sich die Regierung ebenfalls zu einem fairen Wettbewerb zwischen Kommunen und privaten Entsorgern. Mit einer Wertstofftonne sollen spätestens ab 2015 jährlich sieben Kilo pro Einwohner zusätzlich an Wertstoffen erfasst werden, statt im Hausmüll zu landen.



Foto: dpa/Arno Burgi

ANZEIGE

Der Mensch ist erst tot, wenn niemand an ihn denkt.
Bertolt Brecht

Traurig nehmen wir Abschied von

Genossen Prof. Dr. sc. phil.
Alfons Wätzig

* 23. April 1926 † 2. Februar 2012

Jutta Wätzig
im Namen der Familie
und Freunde

Freital, im Februar 2012

Seinem Wunsch entsprechend erfolgt die Beisetzung im engsten Familienkreis.

